

Schwimmbäder – Luxus oder Notwendigkeit?

Der „Freitags-Anzeiger“ hat in Mörfelden, Walldorf und Kelsterbach eine Monopolstellung, die von den Redakteuren weidlich ausgenutzt wird. Das reine lokale Mitteilungsblatt für Vereine und Parteien, wie es früher das „Arndt-Blättche“ war, ist er schon lange nicht mehr. Der Bürger, der lesen will, wie seine Mannschaft gespielt oder was es im Kino oder sonst wo Neues gibt, erhält in immer größerem Maße politische Meinung untergejubelt. Aber dazu haben wir unsere Tageszeitung, jeder die, die er für die richtige oder für das kleinere Übel hält.

Da wir der Auffassung sind, daß diese „Freitags-Anzeiger“-Politik, die doch merklich CDU- und Unternehmermeinung widerspiegelt, den Bürgern nicht von Nutzen sein kann, werden wir hin und wieder darauf im „blickpunkt“ zurückkommen. So möchten wir auch heute, mit nachfolgendem Artikel, eine im „FA“ vertretene Meinung über die Notwendigkeit von Schwimm- und Hallenbädern ins richtige Licht zu rücken.

B.W. Fudickar und mit ihm der „Freitags-Anzeiger“ stellt in einem Artikel mit dem Titel „Der Bürger bezahlt's doch“ die Meinung auf, „daß Hallenbäder, Freibäder, Altenwohnheime, Jugendzentren, Bürgerhäuser, Turnhallen, Sporthallen und was es dergleichen noch mehr aufzuzählen gäbe“, gar nicht wirklich benötigt werden, ja gar nicht von den Bürgern gefordert, sondern von ehrgeizigen und auf Ruhm und Wiederwahl bedachte Politikern als Bürgerforderung ausgegeben werden. So bezeichnete der auch den, leider noch in weiter Ferne befindlichen, Hallenbadbau zwischen Mörfelden und Walldorf als baren Luxus. Angesichts des bei Schwimm- und Hallenbädern ohnehin anfallenden Defizits müsse endlich der Spaß aufgehört werden. Es würde Schindluder mit solchen Bauten getrieben, denn es seien genügend solcher Einrichtungen in unserer Umgebung vorhanden.

Grundsätzlich ist dazu zu sagen, daß neue Bedürfnisse entstanden sind. Die Redakteure des „Freitags-Anzeigers“

wissen wohl nichts von der ständig steigenden Belastung unserer arbeitenden Bevölkerung durch immer ausgeklügeltere Ausbeutungsmethoden, von der immer größer werdenden Luftverschmutzung, die uns alle belastet, und daß Schwimm- und Hallenbäder geeignete Plätze der Erholung und Gesunderhaltung sind. Sie haben wohl auch noch nichts von den Haltungsschäden erschreckend vieler Kinder gehört, für die Schwimmen von großer heiltherapeutischer Bedeutung ist. Sonst würden auch sie die Forderung nach einem Hallenbad gerade in der Nähe der Gesamtschule unterstützen.

Wer bei solchen Einrichtungen nur von Zuschußbetrieben spricht und auf mehr als einer halben Zeitungsseite die Defizite der Bäder des Kreises aufzählt, wer bei der Bevölkerung eine gewisse Antistimmung erzeugen will, indem er schreibt „Der Bürger zahlt's doch“, nämlich die Defizite, der hat noch nichts von der sozialen Verantwortung der Städte, Kreise, Länder und des Bundes

gehört. Wer nicht genügend Geld für Schwimmbäder, Sportplätze, Turnhallen und Jugendzentren ausgibt, wird umso mehr Geld für Kranke, Frühinvaliden und Kriminelle ausgeben müssen.

Übrigens, dieser Tage konnte man wieder feststellen, daß bei schönem Wetter, wenn die Bürger das Bedürfnis zum Schwimmen haben, unsere Bäder überfüllt sind. Auch die Hallenbäder in Rüsselsheim und Groß-Gerau sind nach Feierabend, wie ich aus eigener Erfahrung immer wieder feststellen konnte, gut frequentiert.

Vor Jahren waren unsere Flüsse, Bäche und Seen noch beliebte Plätze für Schwimm- und Wassersport. Da es sich heute nur noch um stinkende und giftige Kloaken handelt, könnte man auch die Hauptverschmutzer, die chemische Industrie, an den Baukosten und den entstehenden Defiziten bei Schwimmbädern heranziehen.

Diese Argumentation wäre Herrn Fudickar wärmstens zu empfehlen. Weiterhin muß man erkennen: Fudickar und der „Freitags-Anzeiger“ übersehen anscheinend, oder wollen übersehen, daß reiche Nichtstuer in unserer so sozialen Gesellschaftsordnung für ihren privaten Gebrauch raffiniert angelegte Swimming-Pools und prunkvolle Hallenbäder bei ihren Bungalows besitzen. Den 30000 Einwohnern von Mörfelden und Walldorf will man aber das Recht auf ein eigenes Hallenbad absprechen. Wem dient und nützt eigentlich eine solche Berichterstattung? Heinz Hechler



Ein Rathaus für Mörfelden!

Das neue Rathaus. Für 2,7 Millionen DM hat man es in die Ortsmitte gestellt. Da, wo noch vor wenigen Jahren 5000 qm Grünfläche war, gibt es jetzt Beton.

Die DKP und viele Einwohner dieser Stadt protestierten gegen die Bebauung des ehemaligen Forstamtgeländes. Um die Bürger zu beruhigen, wurde noch 1971 versprochen, „eine weitergehende Begrünung sicherzustellen“. Ein Dachcafe mit Terrasse sollte den Bau „krönen“. Grünfläche und Dachcafe sucht man vergebens. Die letzten Bäume (unser Bild) sterben den Betontod.

Beschämend ist, daß unsere Oberen das Rathaus im Hinblick auf eine mögliche Fusion mit Walldorf nun nicht einmal mehr Rathaus nennen wollen. Denn wenn dann doch ein neues Rathaus gebaut werden würde, wäre der Vorwurf der gemeinsamen Steuerverschwendung nicht mehr zu umgehen.

Nun – jetzt steht das Haus jedenfalls und wir freuen uns mit den Rathausbediensteten über die schönen hellen Arbeitsplätze. Wir hoffen, daß diese Arbeitsplätze erhalten werden. Dieses Haus soll das RATHAUS für MÖRFELDEN bleiben.

R. Hechler

Geht es los?

Die Fusion Mörfelden/Walldorf nimmt scheinbar Formen an. Die ersten negativen Auswirkungen kann man bemerken. Laut Gesetz des Hessischen Landtages müssen die Fusionsstädte ihre Investitionen gegenseitig absprechen. Das heißt: Will die Stadt Mörfelden eine Schreibmaschine kaufen oder sonst eine Kleinigkeit von über 500 DM anschaffen, muß die Genehmigung in Walldorf eingeholt werden. Die Gebühren der Städte wird man einander angleichen. Dabei wird man sich sicher nicht an den niedrigsten sondern an den höchsten Gebühren orientieren.

Den Bürger hat man zur Fusion überhaupt gar nicht erst gefragt. Zur gemeinsamen Bürgerversammlung am 7. September 1973 kam kein Minister aus Wiesbaden und kein Rudi Arndt aus Frankfurt. Genauso kaltschnäuzig hat man sich über den Beschluß der beiden Stadtverordnetenversammlungen hinweggesetzt bezüglich der Namensgebung. Mörfeldens Name verbindet eine 800jährige Tradition, vielen Bürgern ist dies nicht gleichgültig. Mit einem Federstrich soll der Name ausgelöscht werden. Man muß sich dagegen wehren!

Neues vom Chef

Vor eineinhalb Jahren, als auf Drängen der Jugend, des Stadtjugendrings und der DKP endlich dieser Forderung Rechnung getragen wurde, ließen sich die Mörfelder SPD und ihre Jungsozialisten feiern, als im Rahmen des Haushaltsplanes 1973 Mittel für die Einstellung eines Stadtjugendpflegers berücksichtigt wurden.

Danach wurde es aber erstmal still um diesen Posten. Auf Anfragen bekam man zu hören, die Stelle sei verschiedentlich ausgeschrieben worden, es sei jedoch kein Bewerber aufgetaucht. Jetzt liegen laut „Frankfurter Rundschau“ drei Bewerbungen vor, darunter die einer Frau, die vom Magistrat, dem zuständigen Ausschuß und dem Stadtjugendring gehört werden sollen.

Für eine Einstellung sollte wohl zunächst die fachliche Eignung entscheidend sein. Bürgermeister Bachmann allerdings meint heute schon: „Ich glaube, daß es mit der Dame nicht sinnvoll ist.“ Man stelle sich einmal vor, es hätte sich „nur“ eine Dame beworben. Dann hätte wohl der Bürgermeister lieber auf die Besetzung der Jugendpflegerstelle verzichtet, als daß er diese eingestellt hätte?

DKPintern



Erfahrungsaustausch

Zu einem Erfahrungsaustausch trafen sich DKP-Kommunalpolitiker (unser Bild) aus Mörfelden und Wülfrath (Nordrhein-Westfalen). Gemeinsam wurde ein Informationsstand am Rathausplatz und am Sparmarkt durchgeführt. Bei einer Stadtrundfahrt wurden lokale Projekte begutachtet. Ein wichtiges Thema war die kommunale Selbstverwaltung, weil auch in Wülfrath Diskussionen über eine Eingemeindung nach Düsseldorf geführt werden. Über die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Mörfelden berichtete DKP-Stadtverordneter Michael Denk.

KOMMUNALSPLITTER

Wir erhalten häufig aus der Bevölkerung Hinweise über Mißstände und Verbesserungsvorschläge. Heute drucken wir wieder eine Reihe dieser Anregungen ab. Die DKP-Stadtverordneten werden einige dieser Fragen im Parlament zur Sprache bringen.

- Noch immer gibt es entlang der Umgehungsstraße von der verlängerten Feldstraße (Markertsweg) bis Langgasse, sowie an der Langener Straße bis zum Wald keinen Radfahrweg. Es gibt aber immer noch Radfahrer. Auch wenn das einige nicht gerne sehen. Eine Fahrt mit dem Fahrrad auf einer dieser Straßen kommt in der Gefährlichkeit bald einem Tanz auf dem Hochseil nahe.
- An der Einfahrt des Länger-Weges steht ein Schild: Frei für landwirtschaftlichen Verkehr. 150 m weiter, am Gebäude der Firma Gatex hängt ein Schild: „Lkw-Anlieferung – Abholung“. Hier stehen dann auch miten auf dem Weg riesige Brummer von Lkw, so daß ein Fahrrad kaum, ein landwirtschaftliches Fahrzeug aber überhaupt nicht vorbeikommt, ohne den gegenüberliegenden Acker zu benutzen. Zudem werden die Pässanten wie auch die bei der Firma Beschäftigten gefährdet, wenn dort Lasten abgeladen werden. Gabelstaplerfahrer wissen, wie schnell eine Last umkippt, vor allem dann, wenn der Untergrund nicht eben ist. Was macht hier ein Feldschütz?
- Die Kalbgsasse (wer hätte das vor Jahren geglaubt) leidet unter dem Lkw-Verkehr. Wiederholt wurden an den Häusern durch Laster die Dachrinne beschädigt oder gar abgerissen. Der Boden senkt sich, was dazu geführt hat, daß sich einige Fenster nicht mehr öffnen lassen. Obwohl das Bauamt daraufhingewiesen wurde, ist bis jetzt noch nichts geschehen. Wir schlagen vor, die Kalbgsasse von der Schafgsasse bis zur Nummer 3 für den Lkw-Verkehr zu sperren. Sicherlich gibt es in anderen Gassen der Altstadt ähnliche Probleme. Das Bauamt sollte dies schnellstens ermitteln bzw. dort Abhilfe schaffen.
- Der jetzt asphaltierte Friedhofsweg wird zunehmend als willkommene Abkürzung benutzt. Das hängt natürlich auch mit dem Brückenumbau zusammen. Aber auch davon unabhängig sollte man diesem Gebiet den Charakter eines Erholungsgebietes erhalten und den Friedhofsweg zur Anliegerstraße machen. Das letzte Stück bis zu der Schwimmbadstraße, das nicht asphaltiert ist, sollte überhaupt für jeglichen Verkehr, außer forstwirtschaftlichen Verkehr, gesperrt werden. Spaziergänger, vor allem die Rentner, die die Bänke hinter der Brücke als Sommertreffpunkt benutzen, werden es danken.
- Noch etwas zum Thema Friedhof. Seitdem der Weg asphaltiert ist, liegt jetzt das Gelände vor der Friedhofshalle tiefer als die Straße. Hier sammelt sich insbesondere während der letzten Regenfälle das Wasser zu riesigen Seen. Falls noch nicht geplant, sollte dort schnellstens Abhilfe geschaffen werden.
- Vor einiger Zeit wurde ortsansässigen Gewerbebetrieben verbilligt Boden angeboten, vor allem um lärm- und schmutzintensive Gewerbe aus den Wohngebieten in das Gewerbegebiet zu verlegen. Leider wurde dies bis jetzt noch nicht in allen Fällen befolgt. Vor allem in der Brückenstraße beschwerten sich immer wieder Anwohner über Lärm, Sägemehlstaub und sonstige lästige Erscheinungen. Was gedenkt der Magistrat hier zu tun?
- Anwohner der Anlage auf dem alten Friedhof beschwerten sich darüber, daß auf den Anlagen, die doch die verstorbenen Angehörigen beherbergen, Fußball und sonstiges gespielt

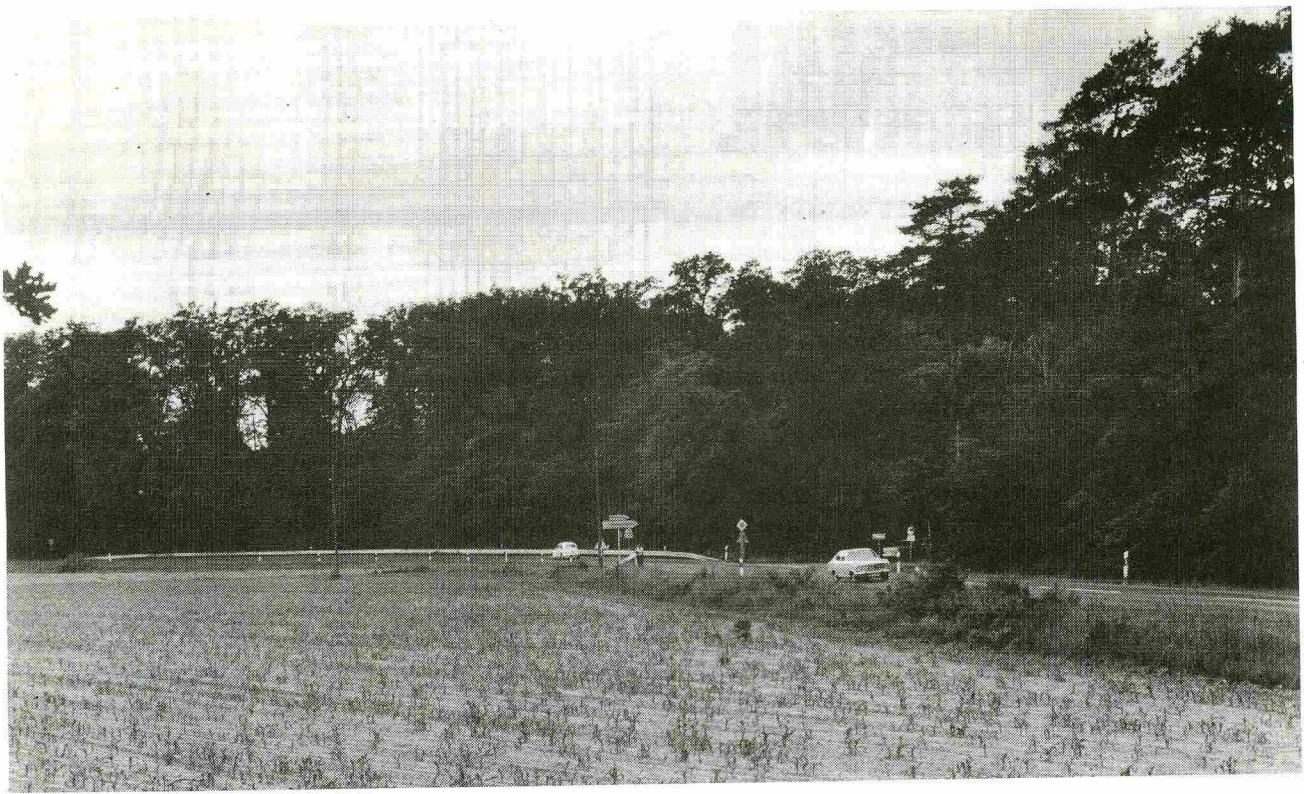
wird. Dies weist wieder einmal auf die dringende Notwendigkeit hin, weitere Spiel- und Bolzplätze, vor allem auch in diesem Gebiet einzurichten. Es gibt dort noch einige freie Flächen. Der Ankauf kostet allerdings mit einiger Wahrscheinlichkeit Geld. Dies sollte die Stadt nicht scheuen.

Auch in diesem Schulhalbjahr wurde, so beschwerten sich die Anwohner aus der Lindenstraße und Umgebung, keine Schulbushaltestellen in ihrem etwas abseits gelegenen Wohngebiet eingerichtet. Die Schulkinder müssen vielmehr bis zur Groß Gerauer Straße und teilweise bis zum Rathausplatz laufen, um den Schulbus zu erreichen. Ob man wohl bei den Verantwortlichen die Leute aus der „Prärie“ als Menschen zweiter Klasse ansieht? Man sollte denken, daß diese Zeiten vorbei sind!

Wenn in Mörfelden irgendwo ein Vorfahrtsschild aufzustellen ist, so braucht kein neues geschaffen zu werden. Es sind welche übrig; im Gärtnerweg zum Beispiel, den man vor kurzem flugs zur Einbahnstraße erklärte, die Verkehrsschilder in Gegenrichtung jedoch teilweise stehen ließ. Sie dürften jedoch bestenfalls noch Verkehrssündern die Vorfahrt gewähren.

»WALDFELDEN«

Vor kurzem konnte man der hiesigen Presse entnehmen, daß die Mörfelder CDU gegen den Beschluß des Hessischen Landtages opponiert, daß die beiden Fusionsstädte Mörfelden und Walldorf den Namen Wallfelden erhalten sollen. Stimmte die hiesige CDU auch im Februar dieses Jahres gegen die Fusion, so waren sie doch eigentlich dafür. Sie stießen sich nur am Zeitpunkt 1977. Man will sich also jetzt beim Bürger lieb Kind machen, daß man gegen den Namen Wallfelden ist, obwohl doch der Name etwas zweitrangiges darstellt. Wichtig ist die Aufzeigung der Nachteile dieser Fusion, doch das kann und will die CDU nicht.



Wie soll es weitergehen ?

Die Bewohner von Langener, Westend- und Rüsselsheimer Straße haben ein Recht auf Lärminderung. Alle Mörfelder Bürger haben ein Recht auf Erholung und gesunde Umwelt. Im Falle des Ausbaus der neuen Umgehungsstraße stehen sich beide Rechte scheinbar entgegen. Durch den Neubau der B 44 östlich, südlich und westlich an Mörfelden vorbei, bekämen die Bewohner der genannten Straßen mehr Ruhe, andererseits würde viel Landschaft, Feld und Wald dem Asphalt weichen müssen. Die Langener Straße wird in Spitzenzeiten von bis zu 500 Autos pro Stunde befahren – die Feldgemarkung südöstlich von Mörfelden ist das letzte intakte Stück Feld in unserer Gemarkung. Herrliche Wiesen ziehen sich am Waldrand entlang, durch einen Bach getrennt, dem man noch auf den Grund sehen kann. Das Lindenstück nahe der Darmstädter Straße, in dem Mörfelden früher Feste feierte, und weitere Stücke kostbaren Waldes würden dem Neubau der Straße zum Opfer fallen. An wenigen Durchgängen würde man die andere Seite erreichen können, denn die B 44 soll ja vierspurig werden.

So stehen sich die beiden Ansprüche scheinbar entgegen. Was tun?

Um das Problem richtig beurteilen zu können, muß man es einmal in einem größeren Zusammenhang betrachten. Mörfelden hat in den letzten Jahren riesige Mengen Wald verloren. Dies vor allem durch Verkehrsanlagenbau und Kiesgruben. Es ist wohl mittlerweile jedem Bürger bekannt, daß der Waldbestand im Rhein-Main-Gebiet ständig rapide zurückgeht, daß die Entwicklung nicht stehenbleibt, sondern sogar noch an Intensität zunimmt. Grundwasser sinkt ab, bedroht die Lebensfähigkeit unserer Bäume. Der Lärmpegel wird durch mehr Verkehrswege und weniger Landschaft allgemein heraufgesetzt. Wasser wird immer mehr verschmutzt, usw. Alle, die sich etwas mit unserer Umwelt befassen, wissen das. Wo liegen die Ursachen?

Sie liegen in der Unfähigkeit zu richtiger Raumordnung und Bevölkerungsplanung. Auf der einen Seite werden in bereits dicht besiedelten Gebieten immer mehr Menschen hineingestopft, und auf der anderen Seite veröden ganze Landstriche durch Abwanderung vor allem der jüngeren Landbevölkerung in industrialisierte Gebiete. Diese ungesunde Entwicklung wird hervorgerufen durch

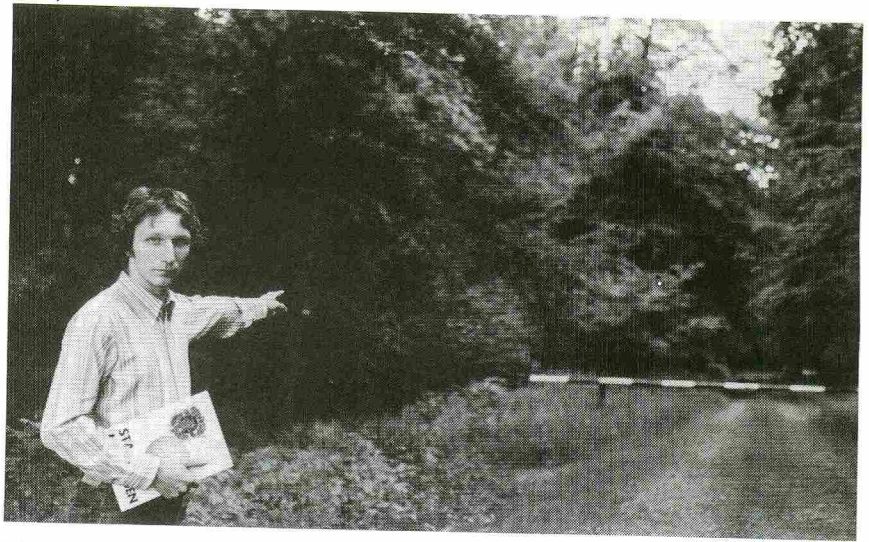
die Profiterwartungen der Unternehmer. Das Rhein-Main-Gebiet ist verkehrsmäßig dicht erschlossen, die Industrie ist dicht konzentriert, und jeder Unternehmer sucht sich natürlich für die Ansiedlung eines neuen Betriebes einen Platz, bei dem Transport- und Telefonkosten niedrig und Arbeitskräfte vorhanden sind. Die Zuliefererbetriebe der Großkonzerne siedeln sich möglichst nah bei denselben an, um konkurrenzfähig zu bleiben. All dies führt dazu, daß immer mehr Menschen in unserem Raum angesiedelt werden, immer mehr Wohnungen gebraucht und immer mehr Straßen gebaut werden. Das geht natürlich auf Kosten der Landschaft. Wenn jetzt, wie von der CDU gefordert, von SPD geplant, zwischen Walldorf und Mörfelden mehrere Tausend Menschen angesiedelt werden, dann dauert es nicht mehr lange, und die Mörfelder Bürger liegen wie die Sardinen in der Büchse zwischen Schnellstraßen und Autobahnen eingepfercht in Gestank der Automobile, unter dem Donnern der Flugzeuge und in dem Giftmief von den Farbwerken Hoechst, Glanzstoff und Caltex. Noch stehen die Hochhäuser zwischen Mörfelden und Walldorf nicht, noch ist die B 44 nicht gebaut. Noch ▶

▽ haben wir einige Stücke Feld und sogar einige intakte Waldränder. Aber, wenn es nach CDU, SPD und FDP geht, dann stehen die Chancen gering, dies zu erhalten. Vor allem muß man sich darüber im klaren sein: Die Befürworter und Durchpeitscher von neuen Wohngebieten, von Fäzionen usw., erreichen vor allem eins, daß nämlich das Verkehrsaufkommen in den Ortsstraßen wesentlich größer wird.

Wer gegenwärtig nach Langen durch den Oberwald fährt, den packt das kalte Grausen angesichts der Öde. Man kann heute bei einigermaßen klarem Wetter vom Dalles aus die Langener Hochhäuser sehen.

Wir meinen: Bevor man die Landschaftszerstörung fortsetzt, sollte man alle anderen Möglichkeiten ausnutzen. Um die anderen Möglichkeiten zu finden, dazu ist es unserer Ansicht nach notwendig, daß man sich mit der Bevölkerung berät. Es sind bis jetzt noch immer gute Vorschläge aus der arbeitenden Bevölkerung gekommen. Man muß sie nur fragen. Zum Beispiel auf Bürgerversammlungen, die in der letzten Zeit auf sich warten ließen. (Wahrscheinlich hat man Angst davor, einiges Unangenehme gesagt zu bekommen.)

Auch ich habe einige Vorschläge zu machen. Wie wäre es zum Beispiel mit einer Sperrung der Ortsdurchfahrt für den Schwerverkehr? Wie wäre es, wenn z.B. der Opel-Verkehr aus dem Rodgau



Hier soll sich die neue Trasse durch den Wald zum Schlangenloch ziehen.

durch verbesserten Einsatz von durch das Werk bezahlten Bussen stärker auf Autobusse verlagert werden würde. Könnte man dann nicht diese Autobusse um den Ort herumleiten, wie es jetzt im Zuge der Brückensperrung auch möglich war? Die zusätzliche Fahrzeit könnte man bei gleichem Lohn von der Arbeitszeit abziehen. Opel hat das Geld dazu. Wie wäre es, wenn man überhaupt den öffentlichen Nahverkehr attraktiver und billiger machen würde?

Sie sehen, es gibt Lösungsmöglichkeiten. Manche erscheinen utopisch. Aber das sind immer noch positive Utopien im

Gegensatz zu den negativen einer fortschreitenden Betonierung und Asphaltierung. Sicher, sie kosten Geld. Und sie stoßen auf Schranken, nämlich auf Schranken vor den Geldschranken der Superkonzerne. Eine endgültige Lösung zur Zufriedenheit der arbeitenden Menschen in unserem Gebiet wird erst im Sozialismus möglich sein. Aber es muß jetzt schon etwas getan werden. Ich erwarte Vorschläge und auch Kritik an diesem Beitrag aus der Bevölkerung.

Erich Schaffner
Mörfelden, Hochstraße 6, Tel.: 23155



Die romantische Landschaft wird nur noch auf diesem Foto und vielleicht in Ihrem Gedächtnis existieren, wenn die neue B 44 Wirklichkeit geworden ist.



Leser- brief

Es gibt zu denken, daß in Mörfelden durchaus sinnvolle Vorschläge von der SPD-Mehrheitsfraktion immer wieder aufgeschoben bzw. abgelehnt werden. So ist es bei dem Jugendzentrum und bei der Namensvergabe von Straßen und der Gesamtschule.

Vor kurzem wurde nun ein Antrag der DKP, zu prüfen, ob sich das alte Rathaus als Ärztehaus eignen würde, abgelehnt.

Ich halte diesen Schritt dem Bürger gegenüber geradezu für unverantwortlich. Eine Gemeinde, die ein Industrie- und Gewerbegebiet besitzt, muß in Anbetracht der Unfallhäufigkeit in solchen Gebieten für eine ausreichende ärztliche Versorgung sorgen. Insbesondere fehlt es in Mörfelden an Fachärzten, so daß die hier ansässigen praktischen Ärzte ihre Patienten zur fachärztlichen Untersuchung in eine der umliegenden Kliniken überweisen. Dies bedeutet für den Einzelnen unzumutbare Weg- und Wartezeiten. Im vorigen Blickpunkt wurde hierüber schon ausführlich berichtet.

Hier nun einige Beispiele, die die Notwendigkeit eines Ärztehauses noch einmal verdeutlichen sollen:

1. Eine achtzigjährige Frau wurde wegen einer Untersuchung mit dem Krankenwagen nach Groß Gerau gefahren. Da die Frau nicht mehr in der Lage ist, mit dem Zug wieder nach Mörfelden zu fahren, war sie auf den Krankenwagen angewiesen. Dieser konnte allerdings erst nach drei Stunden kommen!
2. Eine junge Frau war in Rüsselsheim um 11.00 Uhr beim Frauenarzt bestellt. Um 13.00 Uhr kam sie endlich ins Untersuchungszimmer. In der Zwischenzeit saß sie untätig in Rüsselsheim.
3. Ein Lehrling wurde wegen einer Fingerverstauchung vom Hausarzt zum Röntgen ins Krankenhaus überwiesen. Da dies nur morgens geschehen kann, versäumte er an diesem Tag die Berufsschule. Er kam erst gegen 16.00 Uhr nach Hause.

Viele Mörfelder können über ähnliche Fälle berichten. Es bleibt deshalb zu hoffen, daß man die Lage nochmals überdenkt und zu einer für jeden Mörfelder Bürger annehmbaren Lösung kommt.

Karlheinz Hechler
Langener Str. 20



Jahrelang steht ein großes Wohnhaus in Mörfelden, ohne rechte Straßenbindung, ohne Kinderspielplatz, ohne ausreichende Parkmöglichkeiten auf dem Grundstück, zum großen Teil leer.

Nun will man anscheinend aufhören; die Miete für eine 3-Zimmer-Wohnung zur Zeit 540,- DM, dazu eine monatliche Umlage (für 1973) von 143,90 DM, also zu-

sammen 683,90 DM für drei Zimmer, Küche, Bad und Kellerraum! (ca. 80 qm Wohnfläche; ergibt einen qm-Preis von ca. 8,50 DM)! Auch das ist ein Stück unserer „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ in der Bundesrepublik, denn wer das nicht bezahlen kann, braucht ja dort nicht einzuziehen; nicht wahr, liebe Wohnungssuchende?

Meine Meinung:

FAMILIENTRAGÖDIE

Mörfelden hatte seinen Fall. Der Gerichtsprozeß gegen A. Schwappacher ging durch die Lokalpresse und manch einer wird sich gefragt haben, ob das notwendig sei, daß derart über Familienprobleme, die oft schon den Intimbereich berührten, berichtet wird.

In Mörfelden, wo die meisten Leute sich noch gegenseitig kennen, muß man diese Berichterstattung als Klatsch bezeichnen. Da wurde berichtet, wieviel Schulden der Verurteilte habe und gemutmaßt, daß sein letztes Kind ein „Versöhnungskind“ sei. Kein Wort wurde geschrieben über die Schuld der Gesellschaft, der Menschengemeinschaft um diese Familie, die einfach nicht reagiert hat, weil jemand mehr Geld ausgab, als er verdient hat. Der trotz Schulden sich ein Haus kaufen konnte, dessen

finanzielle Belastung zu tragen er nie in der Lage war, die Vertragslösung ihn aber noch mehr verschuldete. Aus der Berichterstattung der Lokalpresse ging hervor, daß bei diesem Fall das fehlende Geld die familiären Schwierigkeiten auslöste. Dies ist kein Einzelfall. Ich behaupte, daß die meisten ehelichen Streitigkeiten wegen der Haushaltskasse entstehen.

So kann man auf ein Opfer dieser Gesellschaftsordnung prügeln, ohne daß sich der Betroffene wehren kann. Pharisäerhaft sagen sich wohl manche im Unterbewußtsein: Herr, ich danke Dir, daß ich nicht so bin wie jener. Oder ein Wort von Goethe: „Ihr laßt die Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr sie der Pein.“

Rudolf Dötsch

Frauen in Chile - Opfer der Junta

Diesen Bericht schickten uns in Frankfurt lebende chilenische Frauen mit der Bitte, ihnen bei der Entwicklung der Solidaritätsbewegung zu helfen.

Seit dem 11. September 1973 erlebt Chile die blutigste faschistische Militärdiktatur, die es jemals in Amerika gab.

Chile hat mehr als 10 Millionen Einwohner, davon sind mehr als die Hälfte Frauen. Es ist unmöglich, die genaue Zahl von Männern, Frauen und Kindern zu ermitteln, die bis jetzt unter der blutigen faschistischen Repression leiden.

In einer Information von Senator Kennedy zufolge beträgt die Zahl der Toten 85000 – die Zahl der Gefangenen in den zahlreichen Gefängnissen, KZ's, Stadien, Inseln ist höher als 30000. Die Junta selbst hat in den 6 Monaten ihrer Herrschaft nie weniger als 5000 Gefangene zugegeben. Die Zahl der von der Bevölkerung direkt oder indirekt Betroffenen ist höher als eine halbe Million, wenn man bedenkt, daß mindestens 100000 Arbeiter einfach entlassen wurden.

Ihre Kinder zu ernähren, zu kleiden und in die Schule zu schicken, ist für die chilenische Mutter zu einem Drama geworden.

Hier das Beispiel eines Volksschullehrers, seit 10 Jahren im Beruf, 3 Kinder:

Monatsgehalt: Escudos 20000 = 250 DM

Mindestkosten monatlich:

Gas (Behälter mit 45 kg)	E° 4000,-
laufende Ausgaben	1500,-
Miete	5000,-
Elektrizität und Wasser	2500,-
Lebensmittel (1 kg Brot	
130 E°, 1 l Milch 120 E°, 1 kg Zucker 300 E°)	8650,-
	<hr/>
	E° 21650,-

In der chilenischen Familie ist es die Frau, die das Gewicht der Probleme am schwersten zu tragen hat, die durch die ökonomische und soziale Situation unseres Landes auftreten.

Gemäß Untersuchungen des Nationalen Gesundheitsdienstes und der Universität von Chile konnten sich vor der UP (Unidad Popular) nur 30 % der Bevölkerung gut ernähren, 70 % konnten sich nur weit unter den normalen Bedürfnissen ernähren.

Deshalb konnten 1969 von 500000 schulpflichtigen Kindern nur 30 % zur Schule gehen, was ein großes intellektuelles Defizit bedeutet.

Während der Regierungszeit der UP wurden wesentliche Veränderungen zugunsten der gesamten Bevölkerung vorgenommen. Mütter und Kinder hatten dabei den Vorrang.

Die UP führte den sogenannten „Milchplan“ ein. Dieser Plan besagte, daß alle Kinder bis 14 Jahre täglich kostenlos Milch bekamen, ebenso schwangere Frauen oder Frauen mit Kindern bis zu zwei Jahren. Dieser Plan war gedacht als Mittel gegen schwere Gehirnkrankheiten und die hohe Sterblichkeitsrate, die durch Unterernährung zustande gekommen war. Dieser Plan bedeutete für das Land einen ungeheuren Kostenaufwand. Zum ersten Mal wurde in Chile die höchsten Ausgaben für Gesundheit und Bildung verbucht.

Die Junta hat offiziell erklärt, daß die Milch den Kindern schade und hat deshalb die kostenlose Milchvergabe gestoppt. Das Geld benutze sie, um Waffen zu kaufen.

Anderer wichtige Veränderungen während der Regierungszeit Allendes, die direkt Kinder und Mütter begünstigten: Schwangerschaftsurlaub mit Bezahlung von Lohn 2 Monate vor und 3 Monate nach der Geburt – bezahlter Urlaub für die arbeitende Mutter, deren Kind (unter einem Jahr) krank ist.

Ein Kindergartengesetz, das den Bau und die Einrichtung von Kindergärten und -krippen in allen Arbeiterzentren vorsah, in denen mehr als 20 Mütter wohnten.

Dies alles wurde durch die faschistische Junta zunichte gemacht. Darüberhinaus wütet der Mordterror auch gegen viele Frauen unseres Landes.

Einer der dramatischsten Fälle war die Erschießung von **Maria Ojeda**. Sie wurde in der Tür ihres Hauses in Chillan erschossen, zusammen mit Mann und Sohn.

Wir können ebenfalls anfügen den Fall von **Isabel Bananis**, die während ihrer Verhaftung grausam gefoltert wurde und auf dem Weg zum Flughafen von Autofagasta erschossen wurde.

Carmen Cabrera, Funktionärin des nationalen Gesundheitsdienstes in Santiago, Gewerkschaftsvorsitzende, erschossen in Santiago im September 1973.

Im Frauengefängnis von Santiago sitzt **Lina Benitez**, Vorsitzende des Gesundheitswesens, zum Tode verurteilt, das Urteil wurde noch nicht vollstreckt.

Nach inoffiziellen Informationen sind seit dem 11. September etwa 200 Frauen erschossen worden. Man muß dazufügen die unbekanntete Zahl von Arbeitern, die in den Industriegürteln der Großstädte am 11., 12. und 13. September Widerstand leisteten und erschossen wurden, vor allem in den Firmen Lucheti, Standard Electric, Sumer, Comandari, Burger usw., deren Belegschaft sich zum größten Teil aus Frauen zusammensetzte.

Viele von uns haben am eigenen Leib die körperlichen und moralischen Folterungen erfahren, die von den Militärs ausgeübt werden.

Aus all diesen Gründen bitten wir, die chilenischen Frauen, die im Exil leben, die deutschen Frauen um Hilfe und Unterstützung; bei der Initiierung einer großen internationalen Frauenkampagne, um für unsere chilenischen Schwestern und Kinder von der Junta zu fordern:

1. **Freiheit für die Hunderte von Frauen, die in Gefängnissen überall in Chile festgehalten werden.**
2. **Schluß mit dem Zustand des inneren Krieges, der nichts anderes bedeutet, als eine Kriegserklärung an das Volk, präziser: an Frauen und Kinder.**
3. **Schluß mit den Erschießungen!**
4. **Schließung der KZ's!**
5. **Freiheit für die politischen Gefangenen!**

Frauen Hessens!

Unterstützen Sie uns durch Aktionen, um vor allem den Tausenden von Kindern zu helfen, deren Eltern erschossen oder verhaftet wurden, den Kindern der mehr als 15000 politischen Gefangenen, die es seit dem Putsch gibt.

Wir bitten unsere Leser:
Spendet auf das Solidaritätskonto
der Bürgerinitiative bei der
Kreissparkasse Groß-Gerau,
Konto-Nr. 9003781.



Die Feuerwehr feierte und ganz Mörfelden feierte mit. Tausende besuchten das Festzelt und Tausende säumten während des Festzuges die Ortsstraßen.

Diese Teilnahme der Bevölkerung war

der Dank an die „Blauröcke“, die immer da sind, wenn sie gebraucht werden. Über dieses Fest wird man in Mörfelden noch lange sprechen.

(Unsere Bilder: Feuerwehrfest '74 – Übungen und Festzug)

DAS ALLERLETZTE

Ein Spaßvogel schenkte dem „blickpunkt“ einen Tausendmarkschein aus dem Jahre 1910 (wir berichteten darüber im „bp“ Juni 74). Diese ansich amüsante Sache hat jetzt eine unerwartete Wendung genommen. Aufgrund einiger Besonderheiten der D-Serie der kaiserlichen Tausendmarkscheine bot uns ein durch unsre Veröffentlichung aufmerksam gewordener Sammler 250 DM für das guterhaltene Exemplar. Trotzdem bitten wir unsere Leser, uns weiter mit Spenden zu unterstützen, wenn ihnen der „blickpunkt“ gefällt.

Unsere Kontonummer: 900 34 19 bei der Kreissparkasse Groß-Gerau.

GEBURTSANZEIGE

Wir beehren uns anzuzeigen, daß es ab sofort in Mörfelden wieder eine

**öffentliche
Bedürfnisanstalt**

gibt.

Wir bitten, davon regen Gebrauch zu machen.

Der „Chef“



Vogelschutz

„Dieser Wald ist auch Dein Wald, – schütze ihn!“ – die Tafel am Eingang des neuen Volgeschutzgehölzes im Schlichter mahnt die Menschen, dem Raubbau am Wald Einhalt zu gebieten. Den Wald brauchen wir zum Leben, und der Wald braucht die Vögel. Menschen, die ihre Freizeit opfern, die sich darum kümmern, daß die Vögel unserer Heimat erhalten bleiben, verdienen unsere Anerkennung.

Das neue Vogelschutzgebiet Schlichter, von der Mörfelder Gruppe des „Bundes für Vogelschutz“ in dreijähriger Arbeit geschaffen, ist sehenswert. Ein Rundgang ist gleichzeitig Anschauungsunterricht. Man wünscht sich, daß Mörfelder Väter hier am Sonntagmorgen ihren

Kindern zeigen, wie reich die Vogelwelt ist – man wünscht sich, daß Schulklassen hier Unterricht im „Freien“ erhalten.

Wir gratulieren den „Vogelschützern“ und der Mörfelder Bevölkerung zu dieser schönen Einrichtung in unserem Wald.

R.H.

Klaus Dede

Von der Schwierigkeit, eine Klasse richtig zu benennen.

Kapitalisten –
den Namen lehnen sie ab –
er klingt so nach Klassenkampf.

Unternehmer –
möchten sie auch nicht genannt werden,
das ist so anrücklich geworden.

Arbeitgeber –
das sind sie nicht,
denn sie leben von der Arbeit anderer.

Nenn wir sie
Ausbeuter –
das mögen sie zwar auch nicht –
aber es stimmt.